

Inhaltsverzeichnis

A. Deutschland im „Stromkrieg“	11
I. Der Weg der Gesetzgebung bis 2010	13
II. Abrupte Gesetzgebung im Angesichte von Unglück und Angst	16
III. Untersuchungsprogramm und These	21
B. Verfassungsrechtliche Pflichten der Koordination und Kooperation im Gesetzgebungsverfahren	25
I. Anforderungen an das innere Gesetzgebungsverfahren: Anknüpfungspunkte im geltenden Verfassungsrecht	25
1. Inhaltliche Pflicht zur Abstimmung und Koordination	28
2. Besondere Anforderungen bei der Planung von Entwicklungsverläufen	30
3. Folgerichtigkeit und Systemgerechtigkeit	31
4. Formale Begründungsanforderungen	32
a) Fallgruppen eines besonderen Begründungserfordernisses	32
b) Keine allgemeine Begründungspflicht und keine allgemeine Rationalitätserwartung	37
c) Verallgemeinerbarkeit gesteigerter Anforderungen an das innere Gesetzgebungsverfahren	39
5. Das Erfordernis einer Dogmatisierung der Anforderungen	41
6. Zwischenergebnis	43
II. Normative Bindungen gesetzgeberischer Entscheidung im europäischen Mehrebenensystem	43
1. Loyalitätsbekenntnis und -pflichten des Grundgesetzes	44
2. Realisierung durch Koordinations- und Kooperationsstrukturen	47
3. Anwendungsfeld und Reichweite der Koordinations- und Kooperationspflichten	49
a) Hinreichend spürbare Einwirkung auf Verantwortungsbereiche der EU	50

b) Inhalte der Koordinations- und Kooperationspflicht	50
4. Zwischenergebnis	52
III. Gesetzgebung zwischen Voluntarismus und Integrationsverantwortung	52
C. Komplementäre Loyalitätspflichten im EU-Recht	55
I. Adressanten und Schutzgehalt	55
II. Rechtsfolgen	58
1. Bei Vorliegen einer Konfliktlage: dauerhafte Unterlassungspflicht	58
2. Bei Unklarheiten über das Vorliegen einer Konfliktlage: vorsorgliche Koordinationspflicht	60
III. Zwischenergebnis	60
D. Beeinträchtigung von Verantwortlichkeiten der EU	63
I. Energiepolitische Verantwortlichkeiten der EU	64
1. Überblick	65
2. Gegenstände und Reichweite der unionalen Verantwortlichkeit	69
a) „Ausstieg“ und sicherheitspolitische Zuständigkeiten	69
aa) Zum Verhältnis von AEUV und EAGV	69
bb) Reichweite der unionalen Sicherheitsverantwortlichkeit	71
(1) Der Wandel des Vertragsverständnisses	72
(2) Anknüpfungspunkte und Reichweite von Loyalitätspflichten	75
b) Sicherung des Funktionierens des Energiemarktes	79
aa) Reichweite unionsrechtlicher Verantwortlichkeiten und Schutzanliegen	79
(1) Realisierung und Ordnung des Binnenmarktes für Energie	80
(2) Sicherung des Funktionierens der Energiemärkte – Das Bestehen einer Gewährleistungsverantwortung	81
(3) Solidarität im Energiemarkt	84
(4) Auswirkungen der “Energiewende” auf das Funktionieren der Märkte	87

bb) Inhalt der Loyalitätspflichten	89
c) Die Sicherung der Versorgungssicherheit	89
aa) Reichweite unionsrechtlicher Verantwortlichkeiten und Schutzanliegen	90
bb) Auswirkungen der „Energiewende“ auf die Versorgungssicherheit	91
cc) Inhalt der Loyalitätspflichten	93
d) Auswirkungen auf das Klimaschutzziel	94
aa) Reichweite unionsrechtlicher Verantwortlichkeiten	94
bb) Existenz von Koordinations- und Kooperationsgeboten	96
3. Zwischenergebnis	97
II. Ziel- und Normkonflikte mit den EU-Grundrechten	97
1. Konflikte zwischen EuGH und BVerfG	97
a) EuGH: Mitgliedstaatliche Bindung im “Anwendungsbereich des EU-Rechts”	98
b) BVerfG: Die Ankündigung von Widerstand	100
c) Gemeinsamer Grund: Anwendung nationaler Grundrechte bei mitgliedstaatlichen Gestaltungsspielräumen	101
2. Gebot der unionsrechtsfreundlichen Interpretation der Grundrechte des Grundgesetzes	103
3. EU-Grundrechte als Mindeststandard	104
a) EU-Grundrechte und EMRK-Grundrechte	104
aa) Bestimmung des Schutzniveaus	104
bb) Probleme der Abstimmung von GRCh und EMRK bei Regelungsdifferenzen	106
b) Reichweite der Eigentumsfreiheit	107
aa) Persönlicher Schutzbereich	110
bb) Vorliegen einer geschützten Eigentumsposition	111
(1) Sacheigentum und Nutzungsmöglichkeit	112
(2) Sacheigentum und Kundenbeziehungen	114
(3) Schutz von nutzbaren und handelbaren Rechtspositionen	116
(4) Eigentumspositionen aus dem Atomgesetz	119
(a) Eigentumsschutz des realisierten Nutzungsrechts	120

(b)	Eigentumsschutz gesetzlich ausgeformter Nutzungsperspektiven	120
(c)	Eigentumsschutz der Geschäftsbeziehungen	121
(d)	Eigentumsschutz der gesetzlich festgelegten „Strommengen“	121
(5)	Rechtmäßiger Erwerb	125
cc)	Schutzgehalte	125
(1)	Zur Dogmatik der Prüfung	125
(2)	Eigentumsentziehung („de-jure“- Enteignung oder „de-facto“-Enteignung)	126
(a)	Dogmatik der europäischen Gerichte	126
(b)	Erfordernis einer Analyse von Risikosphären	128
(c)	Unfairness des staatlichen Handelns	129
(d)	Folgerungen: „De-facto“-Enteignung durch Entzug konkret ausgestalteter und rechtlich verfestigter Nutzungsperspektiven	130
(aa)	„De-facto“-Enteignung von Sacheigentum: Entzug der Möglichkeit jeder sinnvollen Nutzungsmöglichkeit einer Industrieanlage	130
(bb)	„De-facto“-Enteignung durch Entzug der durch die 11. Novelle begründeten Nutzungsperspektive	131
(cc)	„De-facto“-Enteignung durch Entzug der durch die 10. Novelle begründeten Nutzungsperspektive	134
(dd)	Entzug der durch die 11. Novelle gewährten „Strommengen“	135
(ee)	Eigentumsrelevante Beeinträchtigung der durch die 10. Novelle gewährten „Strommengen“?	135
(3)	Nutzungsbeschränkung	137

dd) Rechtfertigung	139
(1) Rechtfertigung einer „de-facto“- Enteignung	139
(a) Maßstäbe des EGMR	140
(b) Gesetzesvorbehalt	142
(c) Angemessenheit der Abwägung	143
(d) Übermäßige Belastung durch abrupten Entzug einer gesetzlich begründeten Nutzungsperspektive	147
(e) Jedenfalls: Erfordernis einer Entschädigungsregelung	148
(2) Rechtfertigung einer Nutzungsbeschränkung	149
c) Reichweite der Freiheit unternehmerischer Betätigung	150
aa) Konkurrenzen	150
bb) Schutzbereich	151
cc) Schranken	151
4. Zwischenergebnis	153
III. Ziel- und Normkonflikte mit dem Binnenmarktrecht	154
1. Abgrenzung von Niederlassungsfreiheit und Warenverkehrsfreiheit	155
2. Berührung der Warenverkehrsfreiheit (Art. 35 AEUV)	155
a) Strom als Ware	156
b) Inhalt und Reichweite der Ausfuhrfreiheit	156
aa) Zur Entwicklung der Dogmatik von Art. 35 AEUV	156
bb) Art. 35 AEUV als Gewährleistung der Marktausgangsfreiheit	161
cc) Eingriffe in Stromexporte und bestehende Lieferbeziehungen als Beschränkung	162
c) Rechtfertigungsmöglichkeiten	163
aa) Unionsrechtlich legitime Schutzgüter	163
bb) Unverhältnismäßigkeit des Vorgehens	164
cc) Keine Rechtfertigung bei Unvereinbarkeit mit den Grundrechten	166
3. Berührung der Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV)	166
a) Schutzbereich	166

b) Vorliegen einer „Beschränkung“?	168
aa) Schutz ausländischer Direktinvestoren vor Diskriminierung auch nach Markteintritt	169
bb) Begrenzter Schutz vor unterschiedslos anwendbaren Belastungen	170
cc) Konsequenzen: Stilllegungspflichten als „Verwendungsregelungen“?	174
c) Rechtfertigungsanforderungen	175
aa) Erfordernis der Respektierung unionaler Grundrechte („Wachauf/ERT“- Rechtsprechung)	176
bb) Enge Möglichkeiten der Rechtfertigung diskriminierender Beschränkungen	177
cc) Erfordernis eines prozeduralen Verständnisses der Schrankenklauseln	177
4. Zwischenergebnis	178
IV. Keine Freistellung des Vorgehens nach Art. 194 Abs. 2 UAbs. 2 AEUV	179
V. Rechtsfolgen eines Verstoßes	180
1. Unionsrechtliche Rechtsfolgen	180
2. Verfassungsrechtliche Rechtsfolgen	181
E. Weitergehende Pflichten aus dem EMRK-Recht?	185
F. Gesetzgebung am Scheideweg	187
Ergebnisse	193